



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2017

HHA

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019)

Drucksache 19/5237

Inhalt des Antrags: **Flächendeckende hauptamtliche Strukturen zur
Koordination des zivilgesellschaftlichen
Engagements in den Landkreisen und kreisfreien
Städten**

Einzelplan 08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 60 neu
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Ehrenamtlichenkoordination

Veränderung
von um auf

Leistungsplan 2018:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	0,0	+2.750,0	2.750,0
Produktabgeltung	0,0	+2.750,0	2.750,0

Leistungsplan 2019:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	0,0	+2.750,0	2.750,0
Produktabgeltung	0,0	+2.750,0	2.750,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Überall in Hessen bestehen Initiativen von Ehrenamtlichen, die neu ankommenden Flüchtlingen helfen, sei es durch ehrenamtliche Deutschkurse, Hausaufgabenunterstützung, bei der Begleitung zu Behörden, im Asylverfahren oder bei Dingen des täglichen Lebens. Diese ehrenamtlichen Initiativen unterstützen die professionelle Sozialarbeit und helfen vielerorts auch, Engpässe in der Betreuung auszugleichen. Ehrenamtliches Engagement, gerade in einem komplexen Bereich wie dem der Flüchtlingsarbeit, bedarf einer Koordination und professionellen Unterstützung vor Ort. Zwei Vollzeitstellen in jede der 26 hessischen Gebietskörperschaften sollen bereits tätige Initiativen und Aktive koordinieren und qualifizieren und die Vernetzung mit Behörden und anderen hauptamtlich Tätigen unterstützen.

Über die direkte Betreuung der Ehrenamtlichen vor Ort hinaus bedarf es einer landesweiten Vernetzungsstelle, die Informationen und Materialien bereitstellt und für Veranstaltungen oder Schulungen zur Verfügung steht. Hierfür sind Mittel für drei Personalstellen (orientiert an den drei Regierungsbezirken) und eine halbe Verwaltungsstelle notwendig.

Wiesbaden, 30.11.2017

Für die Fraktion DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler